



Nukleare Herausforderungen – Nukleare Anforderungen

Dr. Klaus Olshausen

März 2020

Zusammenfassung

Die seit Januar 2020 ausufernde Pandemie Covid-19 Coronavirus unterstreicht, dass plötzlich das Schlüsselthema Erderwärmung durch eine kurzfristig viel einschneidendere Gefahr in den Hintergrund tritt.

Zu Risiken und Gefahren dieser Art zählen potenziell auch viele Entwicklungen im Bereich atomarer Bewaffnung. Drei Vorstellungen und Absichten kennzeichnen die Debatte, ja Auseinandersetzung: der Beitrag von Atomwaffen zu moderner, glaubwürdiger Abschreckung, die Stärkung der Wirksamkeit des 50 Jahre bestehenden Nichtverbreitungsvertrags (NPT), die Auswirkungen eines „Atomwaffenverbotsvertrags“ der VN-Generalversammlung (VN-GV).

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Einleitende Bemerkung

Das Jahr 2019 war durch vielfältige Krisen und Konflikte gekennzeichnet. Sie betrafen den Mittleren und Nahen Osten, Nordafrika und die Sahelzone, aber auch die Auseinandersetzungen in und um Hongkong, die Spannungen um die Kaschmir-Region, aber auch die Unruhen und sich unterschiedlich entladenden Spannungen in Lateinamerika. Diese Hinweise sind nicht vollzählig, zeigen aber, dass auf dem ganzen Globus neue Risiken, ja Gefahren sichtbar und wirksam sind und bleiben.

Allerdings wurde die Entwicklung der Erderwärmung über das zurückliegende Jahr zu einem Schlüsselthema, das in teilweise dramatischer Art die internationale(n) und nationalen Diskussionen beherrschte. Die Klima-Apokalypse – für das Jahr 2050 beschworen – kennzeichnet das eine Ende des Spektrums. Damit soll alles staatliche, ja gesellschaftliche Handeln auf drastische Maßnahmen zur Reduzierung klimaschädlicher Emissionen fokussiert werden. Dies wird sich auch in 2020 und darüber hinaus fortsetzen.

Es gibt aber Risiken, ja Gefahren, die unabhängig von diesen Gefahren für das Klima die Welt oder Teile davon jederzeit und schon deutlich vor der beschworenen Klima-Apokalypse dramatisch treffen können. Das zeigt sich seit Januar 2020 besonders an der Pandemie von Covid-19, Coronavirus. In wenigen Wochen sind seither in Asien, Europa und weltweit dramatische Entwicklungen für Gesundheit, Wirtschaft und Gesellschaft eingetreten. Selbst eine Überwindung dieser weltweiten Krise wird noch nicht absehbare Konsequenzen für die nationale wie internationale Gestaltung breiter ökonomischer, gesellschaftlicher, ja politischer Handlungsfelder haben.

Auch viele Entwicklungen, die zurzeit und absehbar im weiten Bereich atomarer Bewaffnung Bedeutung gewinnen, könnten Risiken verstärken oder auch konkrete Gefahren und Bedrohungen auslösen. Insbesondere drei Vorstellungen und Absichten kennzeichnen die Debatte, ja Auseinandersetzung.

1. Wie können Atomwaffen zu einer modernen, glaubwürdigen Abschreckung gegnerischen Handelns beitragen.¹
2. Wie kann die Wirksamkeit eines fragilen, ja brüchigen Nichtverbreitungsvertrages durch nationales und internationales Handeln gestärkt werden.²
3. Welche Auswirkungen hat in dieser Entwicklung ein „Atomwaffenverbotsvertrag“ der UN-Generalversammlung, der Atomwaffen als „illegal“ stigmatisiert.³

Die öffentliche Aufmerksamkeit ist gerade auch in Deutschland für diese Thematik mit weitreichenden geopolitischen, ja existenziellen Auswirkungen gering.

Das ist an der Art und Weise ablesbar, wie mehrere Sachverhalte des umfangreichen atomaren Wirkungsgeflechtes behandelt werden: das Ende des INF-Vertrags, die nukleare Doktrin Russlands und deren intensive

¹ Dazu für USA Ryan W. Kort et al, Twenty-First Century Nuclear Deterrence, Operationalizing the 2018 Nuclear Posture Review, ndupress.ndu.edu/Portals/68/Documents/jfq/jfq-94/jfq-94_80-85_Kort-et-al.pdf?ver=2019-07-25-162025

² Preparatory Committee for the 2020 Review Conference of the Parties to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, siehe: <https://papersmart.unmeetings.org/media/2/21492287/nptconf2020pciicrp4rev1-recommendations-to-the-2020-review-conference-002-.pdf>

³ Rühle Hans, Rühle Michael, Konturen eines dritten nuklearen Zeitalters, KAS, Analysen & Argumente Ausgabe 276, Sept. 2017



Modernisierung der atomaren Bewaffnung, die amerikanische Überprüfung der nuklearen Lage in der „nuclear posture review 2018“ mit ihren Konsequenzen, aber auch der Blick auf das nukleare China sowie Pakistan und Indien. Die Herausforderungen vermehren sich durch die nukleare Realität in Nordkorea und die weiter hoch aktuelle Frage eines ‚nuklearen Iran‘.

1. Die Herausforderungen nuklearer Mittelstreckenraketen Russlands

Nach der finalen Aufgabe des INF-Vertrags hält Russland an der Entwicklung der Raketen, der Ausstattung von Verbänden mit der SSC-8 und deren Stationierung fest und leugnet weiter jede vorherige Überschreitung der Reichweiten des INF-Vertrags.

Und mit dem angebotenen Moratoriumsvorschlag vom Herbst 2019 für Stationierung von Mittelstreckenraketen dieser Kategorie, der in westlichen Kreisen, z.B. bei Präsident Macron, auf Interesse stieß, will Russland seinen Vorteil für seine nukleare Doktrin begrenzter Einsätze von Atomwaffen aufrechterhalten, ja ausbauen.

Außerdem wird der Vorwurf an die Europäer als bloße Vasallen der USA mit der Aufforderung verbunden, sich endlich zu eigenständiger Politik mit Russland zu emanzipieren.

Betrachtet man die Haltung(en) der westlichen Staaten und der Allianz zunächst zu dieser russischen Vertragsverletzung in den zurückliegenden Jahren und seit 1. August 2019 zu der neuen, vertragslosen Lage, fällt auf, dass es eher darauf ankommt, mit einer „gemeinsamen Sprache“ die sehr unterschiedlichen Vorstellungen der Mitgliedstaaten einzufangen, als eine schlüssige Position zu entwickeln, wie die nukleare (Abschreckungs)-Lücke – schon mit der Stationierung der Iskander Raketen in Kaliningrad – gegenüber Russland glaubwürdig geschlossen werden kann.

Aus der schon seit Februar 2019 mehrfach wiederholten Festlegung, dass keine Absicht besteht, landgestützte nukleare Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren⁴, ist ablesbar, dass den innenpolitischen Gegebenheiten in Deutschland und anderen Mitgliedsstaaten Tribut gezollt wird. Über die Auswirkung dieser Festlegung für das nukleare Element der Abschreckung der NATO findet man in den Erläuterungen wenig, lediglich den Hinweis, dass man nicht „spiegelbildlich antworten“ werde.

Dabei muss man sich klar sein, dass rein defensive und ausschließlich konventionelle Maßnahmen nicht ausreichen, um Russland von der Nutzung seines nuklearen Mittelstreckenpotentials zu Einschüchterung, Erpressung oder Bedrohung, ja im Extremfall vom Einsatz abzuhalten. Im DPA-Interview am 13. Januar äußerte Generalsekretär Stoltenberg: *«Wenn es um die SSC-8 geht, werden wir an Luftverteidigungs- und Flugkörperabwehrsystemen arbeiten, an konventionellen Waffen, an erhöhter Alarmbereitschaft und einer Verlängerung der Vorwarnzeiten».*

Die derzeitigen Luftverteidigungs- und Flugkörperabwehrsysteme und vorgesehene Planungen moderner Systeme können nach Art und Anzahl das Eindringen von russischen ballistischen Raketen und Marschflugkörpern nicht vollständig garantieren. Das schafft ein „reassurance-gap“ für alle, die in der Reichweite solcher nuklear bestückten Waffensysteme liegen. Wie dies durch weitere konventionelle Waffen, durch erhöhte Alarmbereitschaft aufgefangen soll, haben die Verteidigungsminister noch nicht dargelegt.

⁴ Zuletzt NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am 13.01.2020 im dpa-Interview <https://www.zeit.de/news/2020-01/13/nato-reagiert-auf-russische-marschflugkoerper>



Es ist auch unklar, welche Abschreckungswirkung verlängerte Vorwarnzeiten gegen diese Bedrohung haben können. Selbst wenn damit eine früh- oder rechtzeitige Verstärkung in der gefährdeten Region gemeint ist, so ist doch offensichtlich, dass allein mit derzeit möglichen Verstärkungen „vor Ort“ einer Einschüchterung, Erpressung oder gar offensiven Androhung mit SSC-8-Systemen nur bedingt glaubwürdig begegnet werden kann.

Damit ist zu klären, ob die NATO bereit ist, jedem Angriff eines Gegners nicht nur dort entgegen zu treten, wo er sich selbst Vorteile/Gewinne verspricht. So kann und soll das Kalkül des Gegners, ‚ungefährdet‘ schnelle Erfolge zu erzielen, im Sinn der Abhaltung von spezifisch offensiven Handlungen beeinflusst werden.

Zurzeit ist völlig unklar, ob und v.a wie die NATO die nukleare Lücke durch das Verhalten Russlands in einer Weise schließen wird, die auch künftig eine „erweiterte Abschreckung“ durch das Potential der USA für Europa gewährleisten kann. Es ist fraglich, ob die nukleare Option der „dual capable aircraft“ (DCA) im möglichst breiten Zusammenwirken zahlreicher europäischen Länder und der USA ein ausreichend glaubwürdiges Element bleiben wird und kann.

Die europäischen Bündnispartner dürfen die USA als die ultimative nukleare Garantiemacht nicht in eine Situation bringen, bei der einer nuklearen Erpressung gegen regionale Mitgliedstaaten nur mit einer nuklearen Option auf der Ebene strategischer Waffensysteme geantwortet werden müsste.

Und für die Forderung und Absicht der Allianz zu verstärkter Rüstungskontrolle und Abrüstung muss die Tatsache im Blick bleiben, dass ein Staat, der einen eklatanten Vorteil in nuklearen Waffen- und Einsatzkategorien besitzt, diesen nicht allein durch gutes Zureden vermindern oder gar aufgeben wird. Solange Russland leugnet, Marschflugkörper der INF Kategorie zu besitzen, und die USA mit ihren NATO Staaten dem erkannten Verstoß nichts „Spiegelbildliches“ entgegensetzen wollen, sind Überlegungen zu Rüstungskontrollbemühungen in diesem Bereich ohne Basis.

Nach dem Gipfeltreffen der Allianz im Dezember 2019 in London, ist Anfang 2020 der Weg – geschweige denn konkrete Maßnahmen – noch nicht erkennbar, wie im komplizierten nuklearen Gefüge einerseits eine tragfähige, auch nukleare Antwort für wirksame und glaubwürdige Abschreckung sowie andererseits ein realistischer Ansatz für beiderseits vorteilhafte Rüstungskontroll- und Abrüstungsgespräche im Feld von Mittelstreckenwaffen und darüber hinaus entstehen kann.

2. Aspekte Russlands nuklearer Doktrin und die ‚Nuclear Posture Review‘ der USA

Ein revisionistisches, offensives, ja teilweise aggressives Russland, das seit vielen Jahren seine Streitkräfte umfassend modernisiert, hat auch seine nuklearen Konzepte und Waffensysteme auf die veränderte geopolitische Lage ausgerichtet⁵. Natürlich gehören dazu die strategischen Potenziale, die bereit stehen, um im Fall einer Gefahr für das Überleben des Staates eingesetzt werden zu können. Diese haben im russischen Konzept auch die Aufgabe, die nach Moskaus Wahrnehmung aggressiven Pläne der NATO abzuschrecken. Das Nuklearpotential taktischer, substrategischer und strategischer Reichweiten und land-, luft- und seegestützter Systeme in Verbindung mit seinen modernen konventionellen Waffen bildet eine Grundlage für Russlands Fähigkeit und Bereitschaft in der Nachbarschaft zu intervenieren und mit Einschüchterung und Erpressung seinen Einfluss auszudehnen. In einem Beitrag über Russlands Nuklearstrategie folgert St. Blank, dass „russische

⁵ Dazu auch FAZ v. 05.12.2019, Russland bleibt gefährlich, eine Studie des schwedischen Instituts für Verteidigung (FOI)



Atomwaffen Teil der asymmetrischen Strategie Putins⁶ sind. Über die Verbesserung militärischer Fähigkeiten hinaus bilden sie den Hintergrund für die Angriffe auf die Krim und den Donbass, stützen auch Interventionen in Syrien und sind ein Mittel, eine weitere NATO-Erweiterung im Nahbereich Russlands abzuwenden und die regionale Hegemonie in Eurasien abzusichern.

Für ein offensiv handelndes Russland werden sie bei begrenzten Konflikten zu einem wirksamen Instrument der Eskalationskontrolle und Konfliktregelung.⁷

Es sind die Entwicklungen in Russland, aber auch in China, die wesentlich Darstellung, Analyse und Folgerungen der amerikanischen ‚Nuclear Posture Review‘ (NPR) vom Januar 2018 geprägt haben.

Viele Kritiker sehen darin den Neustart eines nuklearen Rüstungswettlaufs, eine Abwendung von Rüstungskontrolle und Abrüstung und eine klare Absage an das Verbot von Atomwaffen durch die VN Generalversammlung.⁸

Dagegen werden Länder, deren Sicherheit im äußersten Fall an die glaubwürdige nukleare Abschreckung eines verbündeten Staates gebunden ist, die Sicherheitsvorteile betonen, ohne die moralischen Dilemmata zu übersehen.

Dieses als „erweiterte Abschreckung“ für andere Staaten bekannte Konzept ist ein unverzichtbarer Teil der Strategie der Nordatlantischen Allianz. Die klaren Festlegungen im Strategischen Konzept 2010 und Umsetzung in der „Deterrence and Defence Posture Review“ (DDPR) von 2012 wurden nach der russischen Annexion der Krim und dem Beginn des Krieges in der Ostukraine bei den Gipfeln 2014 (Wales), 2018 (Warschau) und 2018 (Brüssel) deutlich bekräftigt. Solange es nukleare Waffen gibt, wird die NATO eine nukleare Allianz bleiben⁹. Ihr Hauptzweck ist, jeden Gegner von einem Angriff auf die NATO insgesamt oder Mitgliedstaaten abzuhalten.

Zwar dienen alle Nuklearwaffen in diesem Sinn einer politischen Funktion. Aber sie dürfen nach ihrer Einordnung in mögliche Konfliktszenarien auch nicht von vorneherein als nicht einsetzbar (unusable) gelten. Deshalb ist für Deutschland wie für alle nichtnuklearen Bündnisstaaten eine Reihe von Aussagen der NPR für ihre Sicherheit im Bündnis von Bedeutung.¹⁰

Die USA verzichten nicht auf die Drohung mit einem „Ersteinsatz“ (first use). Das richtet sich in der heutigen Lage v.a. gegen Bedrohung oder Einsatz chemischer oder biologischer Waffen. Aber auch Angriffe auf wichtige Komponenten nuklearer Infrastruktur können diesen auslösen. Ob damit künftig auch existenzielle Cyber-Angriffe abgeschreckt werden können, ist noch ein Fragezeichen.

Gerade in der heutigen Bedrohungslage mit mehreren Nuklearwaffen-Staaten bedarf es auch einer Bandbreite an operativ-nuklearer Flexibilität. Nukleare Minimalabschreckung mit begrenzten Atomwaffen strategischer Reichweite löst in einer konkreten Lage eher Selbstabschreckung der eigenen Bevölkerung aus, als einen Gegner zum Verzicht oder Abbruch seines Angriffs zu veranlassen.

⁶ Stephan Blank, Russlands Nuklearstrategie nach dem INF Vertrag, in Europäische Sicherheit & Technik, 8-2019, S.24-27

⁷ Ebenda, S.25

⁸ dazu Mount Adam, Trump's Troubling Nuclear Plan, How it hastens the Rise of a More Dangerous World, Foreign Affairs, 2.2.2018, https://www.foreignaffairs.com/articles/2018-02-02/trumps-troubling-nuclear-plan?cid=nlc-fa_fatoday-20180202

⁹ Dazu auch: NATO's nuclear deterrence policy and forces, www.nato.int/cps/en/natohq/topics_50068

¹⁰ Zum Folgenden s.a. Rühle, Hans, Rückkehr zum Realismus: Die neue amerikanische Nuklearstrategie, EsuT, Februar 2018, S.30 f.; auch: Ryan W. Kort (s. Fußnote 1)



Eine verbesserte Flexibilität verlangt zielgenaue Nuklearwaffen unterschiedlicher Sprengkraft und Trägersysteme. Das ändert nichts an der besonderen Kategorie dieser Waffen. Das Paradoxon der nuklearen Abschreckung eines Gegners verlangt, dass sie eingesetzt werden können, um nicht eingesetzt werden zu müssen.

Das Bekenntnis zu den Zielen des Atomwaffen-Sperrvertrages, zu einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen und zu Rüstungskontrollanstrengungen wird unterstrichen. Letzteres allerdings unter dem Vorbehalt einer erkennbaren Aussicht auf Erfolg.

Die nichtnuklearen Länder des Bündnisses nehmen in der Nuklearen Planungsgruppe der NATO an der kollektiven Verteidigungsplanung nuklearer Rollen teil. Eine glaubwürdige „erweiterte Abschreckung“ erfordert, dass die größtmögliche Zahl der Länder bereit ist, im Frieden nukleare Kräfte auf ihrem Territorium zu stationieren, Plattformen (wie z.Zt. *Kampfflugzeuge in einer Doppelrolle [DCA]*) für U.S. Atomwaffen einzubringen und an Verfahren zwingender Konsultation und der Führung und Kontrolle mitzuwirken. Nur ein solch überzeugender Verbund kann die „erweiterte Abschreckung“ schaffen, also Gegner abhalten und vor allem die eigenen Mitglieder „rückversichern“.

Für Deutschland erfordert dies eine konstruktive Mitarbeit in der nuklearen Planungsgruppe, klare Aussagen zur künftigen Beteiligung mit modernen Flugzeugen an der Doppelrolle für die nukleare Abschreckung und das Beibehalten der Lagerung nuklearer Waffen auf dem eigenen Territorium. Hier verknüpfen sich die Antworten auf die russische Aufrüstung mit Mittelstreckenwaffen und den Erhalt des nuklearen Schutzschirms der USA für die Verbündeten.

3. Entwicklung in China – Auch für Europas Sicherheit von Bedeutung

Eine Atlantik- und Europa-fokussierte Betrachtung der nuklearen Herausforderungen darf die Bedeutung der nuklearen Konzepte und der Schaffung nuklearer Kapazitäten, insbesondere weitreichender Raketen, in China nicht aus dem Blick verlieren; dies auch vor dem Hintergrund eines territorialen Ausgreifens im südchinesischen Meer und der anhaltenden Modernisierung der Streitkräfte.

Wenn die NATO in ihrer Londoner Erklärung auf Herausforderungen Chinas verweist, dann gehört neben der Systemrivalität und der zunehmend nationalistisch ausgerichteten Politik auch eine Analyse der nuklearen Komponente dazu. Es ist richtig, wenn die europäischen Verbündeten für diese Thematik gemeinsam mit Amerika überlegen, wie neben der Abschreckungspolitik, die wesentlich auf Amerikas Schultern ruht, eine sinnvolle Einbindung Chinas – zunächst vor allem in die nukleare Rüstungskontrolle – vorgebracht werden kann. Am 5. Februar 2020 kündigte der Nationale Sicherheitsberater von Präsident Trump an, dass ein U.S. Team nach Peking reisen werde, um Gespräche zu führen, um China in die Rüstungskontrollgespräche der USA mit Russland einzubeziehen.¹¹

¹¹ globalsecurity.org, 2020_02_05



4. Nichtverbreitungsvertrag und aktuelle Entwicklungen um den nuklearen „Iran Deal“

4.1 Neben der Auseinandersetzung mit Nordkorea, das bereits über Atomwaffen verfügt, stehen die aktuellen internationalen Aktivitäten, die Entwicklung einer iranischen Atomwaffe zu verhindern, im Fokus der Aufmerksamkeit im Jahr der nächsten Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages von 1968.

Iran ist (noch?) Mitglied dieses Vertrags und argumentiert, dass es nur die zivile Nutzung der Kernenergie betreibt.

Die Vereinbarung (JCPOA) zwischen dem Iran und den 5 + 1 vom Juli 2015 sollte dem Misstrauen der internationalen Gemeinschaft Rechnung tragen und durch die Beschränkung iranischer Maßnahmen, insbesondere in der Urananreicherung, eine rasche Entwicklung einer Atomwaffe verhindern. Auf Seiten der USA, aber auch weiterer westlicher Staaten, gab es von Anfang an kritische Stimmen zum JCPOA. Das bezog sich auf inhaltliche Schwächen des Vertrags, auf die begrenzte Geltungsdauer von 10 Jahren und nicht zuletzt auf das Ausklammern der fortgesetzten Entwicklung ballistischer Raketen im Iran.

Anfang dieses Jahres zeigte sich, dass die Aufkündigung des JCPOA durch Präsident Trump vor 18 Monaten und die schrittweise Verletzung der Auflagen des JCPOA durch den Iran eine Lage hervorruft, die für den Iran nach Auslaufen des JCPOA 2025 ohne internationale Beschränkungen möglich würde.

Wenn alle sechs Vertragspartner des JCPOA mit dem Iran erklärtermaßen daran festhalten, dass sie einen Iran mit Nuklearwaffen nicht akzeptieren wollen, dann darf die Anrufung des Schlichtungsverfahrens durch die E 3 nicht nur ein symbolischer Akt bleiben – wie viele vermuten¹² – sondern muss erstens genutzt werden, um Iran zur Einhaltung der Bestimmungen des JCPOA zu veranlassen, aber v.a. – nun fünf Jahre vor Auslaufen der Vereinbarung – konzentriert an einem neuen, weiter gefassten Abkommen zu arbeiten, das nicht nur einen ‚nuklearen Iran‘ verhindert, sondern die Besorgnisse der internationalen Gemeinschaft über die Raketenentwicklung, v.a. aber hinsichtlich des aggressiven Handelns des Iran in der Region aufgreift. Denn die letzten fünf Jahre haben gezeigt, dass die Erwartung, der Iran werde nach dem JCPOA seine Politik in der Region mäßigen und innenpolitisch moderatere Kräfte stärken, sich nicht nur nicht erfüllt hat, sondern in der Region das hegemonale Ausgreifen drastisch erhöht und im Innern die Repression gegen oppositionelle Kräfte fortgesetzt wurde.

Wenn die iranischen Verletzungen der Vereinbarung ernstgenommen werden und der Iran erkennen muss, dass dies zu einer Behandlung im VN Sicherheitsrat führen kann mit schwerwiegenden Sanktionsfolgen, dann besteht vielleicht eine Chance, den Beginn neuer Verhandlungen zu erreichen, bevor eine derartige Konsequenz wirksam wird.¹³

4.2 Die nächste Überprüfungskonferenz des NPT im Mai 2020 wird auf den Empfehlungen des Vorbereitungsausschusses vom letzten Mai aufbauen. Dabei wird trotz oder gerade wegen der kritischen Lage rund um den Iran die Resolution von 1995 mit dem Ziel einer nuklearfreien Zone im Mittleren Osten erneut aufgegriffen werden.

¹² Dies wird gestützt durch Aussagen des EU-Außenbeauftragten Joseph Borell nach Gesprächen in Teheran am 4. Februar 2020. Danach wollen EU + 3 das Schlichtungsverfahren nicht wie vorgesehen vor den UNSR bringen, sondern das Verfahren „fortlaufend verlängern“. Ob dahinter die Erwartung steckt, dass nach der Präsidentenwahl in den USA, sollte ein Demokrat gewinnen, dessen Rückkehr zum JCPOA möglich ist, will niemand bestätigen. (FAZ vom 05.02.2020)

¹³ Siehe auch FAZ 21.01.2020, Ross, Andreas: Ein neuer Iran-Deal muss her – Der Atompakt gleicht einer leeren Hülle



Für die drei Pfeiler des NPT: nukleare Abrüstung, Nichtverbreitung nuklearer Waffen und friedliche Nutzung der Atomenergie sind zahlreiche Verpflichtungen und Maßnahmen empfohlen. Ein Ansatz für weitere nukleare Abrüstung wird sehr davon abhängen, ob Russland und die USA einer Verlängerung von „New START“ zustimmen, das 2020 ausläuft, und erkennen lassen, dass sie bereit sind, über zusätzliche Reduzierung der Zahl der Sprengköpfe zu verhandeln.¹⁴

Es ist nicht anzunehmen, dass die Nuklearstaaten generell auf eine erforderliche Modernisierung ihres Potenzials verzichten oder die Entwicklung neuer nuklearer Waffensysteme ausschließen. Das werden die Nichtnuklearstaaten als groben Verstoß gegen Buchstaben und Geist des NPT brandmarken. Dennoch hat auch die überwiegende Zahl der Nichtnuklearstaaten ein eigenes Interesse, jede Proliferation zu verhindern. Dazu gehört auch, dass die Konvention zur Verhinderung von nuklearem Terrorismus vollständig umgesetzt wird und weitere Staaten dieser beitreten.

4.3 Der Atomwaffenverbotsvertrag (*Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons, [TPNW]*) war eine direkte Folge des Misserfolgs der Überprüfungskonferenz des NPT 2015. Schon zwei Jahre später nahm die UN-Generalversammlung den Vertrag mit 122 Stimmen an. Im Januar 2020 haben 80 Staaten den Vertrag unterzeichnet und 34 ihn ratifiziert. Wenn 50 Staaten ihn ratifiziert haben werden, tritt er in Kraft, bindend allerdings nur für die Unterzeichner. Die Bündnisstaaten der NATO sprechen sich gegen den Vertrag aus, da er eine entscheidende Waffenkategorie verbietet, ohne einen Weg aufzuzeigen, wodurch in der realen Machtpolitik der Staaten die politischen Sicherheitselemente, die die nukleare Abschreckung für viele – auch nichtnukleare Staaten – bisher gewährleistet hat, ersetzt werden können. Allerdings zeichnet sich ab, dass nach Inkrafttreten des Vertrags Atomwaffen als illegal verteufelt werden können. Dadurch wird die Debatte um die Zukunft nuklearer Waffen weiter polarisiert. Das wird die Politik in demokratischen Gesellschaften weitaus intensiver treffen, als autokratische oder diktatorische Staaten mit Nuklearwaffen.

5. Herausforderung und Anforderung – Auch für Deutschland

In der deutschen Gesellschaft gibt es keine breite und sachlich fundierte Auseinandersetzung mit den schwierigen politischen, strategischen, technologischen und militärischen Aspekten der nuklearen Massenvernichtungswaffen.

Deutschland hat sich nicht nur verpflichtet auf jegliche Entwicklung von Atomwaffen zu verzichten, sondern hat 2011 zusätzlich den Entschluss gefasst, bis 2022 endgültig die Nutzung der friedlichen Atomenergie zu beenden.

Da erscheint es zunächst einmal wenig überraschend, dass viele Bürger in der Nuklear-Debatte einen Atomwaffenverbotsvertrag der UN für das sinnvolle, ja gebotene Vorgehen halten. Es bedarf deshalb einer klaren und ausführlichen Analyse und Darstellung der konflikträchtigen Weltlage unserer Tage, um den Anteil der Sicherheitsvorsorge durch nukleare Elemente zu erläutern.

Für die europäischen Staaten in der NATO und der EU ist ein Teil der Sicherheitsvorsorge, ja der Verhinderung von konventionellen Kriegen und des Widerstandes gegen Einschüchterung und Erpressung, auch mittels nuklearer Bedrohung dem Umstand geschuldet, dass Amerika nicht nur durch Präsenz konventioneller Kräfte

¹⁴ Dazu siehe auch FAZ v. 7.12.19, Hoffnungsschimmer aus Sotschi, Putin zu Verlängerung bereit, Washington prüft noch



sich zur Sicherheit Europas bekennt, sondern jeden Gegner dieser Bündnis- und EU-Staaten auch mit seinen nuklearen Waffensystemen von offensivem, ja aggressivem Auftreten abhält.

Diesen Sachverhalt in einer amerika-skeptischen, ja oft anti-amerikanischen Stimmung oder gar Überzeugung zu verneinen oder abzulehnen, erhöht die Unsicherheit gegenüber Staaten oder Gruppierungen, die über nukleare Waffen verfügen (auf die 26 von 28 europäischen Bündnisstaaten im NPT verzichtet haben).

Die USA können für diese Leistung von den europäischen Partnern erwarten, dass sie einen Teil des Risikos mittragen. Dazu gehört erstens das offensive Vertreten des NATO-Konzepts einer Abschreckung, die auf dem Mix nuklearer und konventioneller Waffen beruht. Zweitens muss jedes Land seine konventionellen und alle sonstigen nichtnuklearen Mittel in einem Umfang bereitstellen, die einem Gegner keine leichten und raschen Erfolge oder *fait accomplis* ermöglichen. Drittens kommt es darauf an, dass möglichst alle in der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO verantwortungsvoll mitwirken und so die politische Verantwortung und Last mit Amerika teilen. Viertens sollten möglichst viele Länder, insbesondere die größeren, mit Plattformen für moderne substrategische Atomwaffen das Risiko der Gesamtstrategie teilen. Dazu gehört fünftens auch, dass Länder bereit sind, nukleare Kräfte dieser Kategorie auf ihrem Territorium aufzunehmen.

Von einer solchen breiten gemeinsam getragenen Basis aus lassen sich viele Initiativen für Rüstungskontrolle und Abrüstung im nuklearen wie konventionellen Bereich mit mehr Aussicht auf Erfolg voranbringen, ohne die politische Stabilität zu gefährden.

Dieser Zusammenhang verlangt auch von der Bundesrepublik Deutschland die konkrete Mitwirkung bei allen fünf genannten Bereichen. Das bedeutet, dass Deutschland nach dem endgültigen Ausphasen des Tornados ein modernes Trägersystem verfügbar macht, das für nukleare Aufgaben zertifiziert werden kann. Bisher untersucht die Bundesregierung zwei Optionen: den Kauf des U.S. Kampflugzeuges F-18 und eine Umrüstung des Eurofighters für diese DCA-Rolle.¹⁵ Und es verlangt die Bereitschaft, auch in Zukunft moderne nukleare Kräfte auf deutschem Territorium zu stationieren.

Für beides wird jede Regierung kontroverse Diskussionen im Lande führen und bestehen müssen. Gelingt dies nicht, wird die bündnisgemeinsame Abschreckung vor allem gegen nuklearfähige Gegner geschwächt und werden Hebel für Ansätze wirksamer Rüstungskontrolle und Abrüstung aufgegeben. Das bedeutet nicht nur eine Schwächung des Zusammenhalts in der Nordatlantischen Allianz, sondern vermindert auch die Widerstandsfähigkeit gegenüber einem revisionistischen Russland. Beides liegt nicht im wohlverstandenen Interesse Deutschlands als größtem europäischen Mitgliedstaat in der Nordatlantischen Allianz und der Europäischen Union.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

¹⁵ Siehe Heiner Brauß, Christian Mölling, Kaufentscheidung Tornado-Nachfolge ..., DGAP Policy Brief Nr 1, Februar 2020, S. 2 ff



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Dr. Klaus Olshausen